Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marx Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 82. Postscheck 38.

DISPAT ATOUL FOUT 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monats-Bezugspreis: Durch Agenten 2. Post frei. 0.60. Zeitungsgebühr. Die 6gesp. 40 mm breite 0.35 Fr., Deutschland 10 Pfg., Ausland 0.10 Fr. Amtliche Anzeigen 0.40 Cts.

Nr. 32. Saarlouis, Dienstag, den 9. Februar 1926. 55. Jahrgang.

Um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Entscheidende Beratungen des Reichskabinetts. — Heute Stellungnahme des Reichstags zu den Vorgängen in Südtirol. — Vor einer Antwort Stresemanns an Mussolini.

Sitzung des Reichskabinetts.

ff Berlin, 8. Febr. Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, ist das Reichskabinett heute vormittag um 10 Uhr zu der wichtigen Beratung zusammengetreten, um über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund endgültig Beschluß zu fassen. Die Sitzung dauert noch an. Ein verschiedenen Seiten gemeldet wird — unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, sondern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Es ist anzunehmen, daß der deutsche Antrag auf Zulassung zum Völkerbund heute noch nach Genf abgehen wird. Mit einer Veröffentlichung der Wortlaute darf aber erst gerechnet werden, wenn die Übergabe der Note in Genf erfolgt ist.

Deutscher Reichstag.

ff Berlin, 8. Febr. Noch Wochen der heutigen Reichstagssitzung wahr unter allgemeiner Spannung bei Hunies folgt der Reichskanzlermüller Dr. Stresemann das Wort. Er verwies darauf, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini in der Kammerauflösung bei italienischen Kammer Ausführungen gemacht habe, die das Verhältnis Italiens zu Deutschland berührten. Die Reichsregierung habe den dringenden Wunsch, schnell als möglich hierzu Stellung zu nehmen. Sie habe dem Duce bereits bat, wenn die deutschnationalen Zeitungen über die Vorgänge in Südtirol auf die Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung gesetzt werden sollte, Reichstagspräsident Loebe stellte unter den Beifall und der Zustimmung des Hauses fest, daß die Tagesordnung unter ist am Schlusse der Sitzung festgesetzt werden, daß eiert das Haus wohl dem Wunsche der Reichsregierung nachkommen werde. Damit ist für morgen die Antwort der Reichsregierung auf die Mussolini Mussolini gegen Deutschland zu erwarten.

Vor einer Antwort Stresemanns an Mussolini.

ff Berlin, 8. Febr. Zu Mussolini parlamentarischen und politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Mussolini bei seinen Angriffen von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, da wohl von einzelner noch von nationalistischer Seite eine Ablehnung des Eintritts Europa von maßgeblichen Standpunkt aus bedauert wurde. Die Eintrittsfrage sei für Deutschland vielmehr eine rein außenpolitische Angelegenheit und habe mit innenpolitischen Mitteln nichts bei Gutsagen zu tun. Der genaue Wortlaut der Note Mussolinis liegt an heutiger zeitlichen Stelle noch nicht vor. Eine heutige amtliche Erklärung verlautet zu den Beziehungen des italienischen Ministerpräsidenten heute noch nicht erfolgt. Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß es zu einer amtlichen Stellung nehmen dürfte.

Wie wir hören, dürfte die morgigen Beratungen des Reichstags zur Südtiroler Frage Interessantes verbreiten, die die Regierung veranlassen werden, den deutschen Standpunkt Ausgangspunkt. Es scheint, daß die Regierung bei der Beantwortung etwa gegenüber Italien einschlagen werden, die vermutlich nach dieser Stellungnahme der einzelnen Parteien erfolgt werden wird. Die Regierung wird wohl bei der Beurteilung des Eintritts Deutschlands Rücksicht zu dem Fall Mussolini Stellung nehmen.

Das Echo der Rede Mussolinis.

Der Theaterdonner des kleinen „Duce". — Der Völkerbund, ein Debattierklub? — Die Mißachtung des Geistes von Locarno. — Die Ursache: Die deutsche Bundesgenossenschaft für Italien verloren.

Der Donner von Mussolinis Rede.

ff London, 8. Febr. Die Stimmen, die sich zu Wort ergriffen haben, sind fast alle der Ansicht, daß Mussolinis Rede, die bekanntlich auf Sensation berechnet ist, und dabei wohl die Möglichkeit besteht, sich schnell zu entschlagen — Nach der „Daily Mirror" wird der Fall in London politischen Kreisen nicht mit Besorgnis betrachtet. — Die „Westminster Gazette" weist darauf hin, daß Deutschland nach dem Eintritt in den Völkerbund ja die Sache weiter werde, Fragen von internationaler Bedeutung ausschließen. Die Rede der Sprecher bei der Vorgänge in Südtirol. Es scheint, daß sie für aber die ausschließlich auf die Marxisten Mussolinis in seiner Rede als Imperialist. Sie wollte daher vom Völkerbundeintritt gegeßt werden. — Ist den „Daily Chronicle", der bei Mussolinis Rede von Locarno gesprochen hat, ist die Rede Mussolinis eine Verwandlung zu der Feststellung, daß Mussolini sich wiederum die Gelegenheit nicht habe entgehen lassen, die Welt zu geschimpfen. — Der Donner der italienischen Geschütze im Jahre 1922 auf Korfu habe gezeigt, daß der Völkerbund lebhaft ein Debattierklub ist. Die Rede Mussolinis erinnert von Mussolinis Rede in den Tagen Südtirols und wünschte den Geist von Locarno als den Geist des Herzogs. Es bedarf sich nicht darüber, ob Italien aber Deutschland im Recht sei. Wenn Italien Recht hätte, dann müsste das doch wie in den nördlichen Provinzen Mussolinis zum Ausdruck kommen.

Französische Stimmen.

ff Paris, 8. Febr. Auch die hiesige Presse nimmt gleichfalls zum größten Teil zu den Ausführungen Mussolinis Stellung. Die „Ere Nouvelle" schreibt, der Fall sei ein sehr ernsthaftes, und man müsse sich fragen, ob man hier lassen dürfe. Wenn die Wunden des Krieges heilen noch nicht geheilt. — Der „Canadien" meint, wenn die deutsch-nationale Bewegung eine gleiche für den Frieden ist, dann ist es die faschistische Bewegung auch. Beide blasen für Gleichheit auf ihre Gewaltige Minderheiten nicht respektieren. — „Oeuvre" meint, die Minderheitsfrage, besonders auch in den französischen Regierung im Tale von Aosta, beide Verhältnis schaffen. — „Peuple" meint, man könne nicht den Frieden leiten, wenn man fortgesetzt Gewalt und Aufstachelereien machte, die nur an ein psychotisch und empfindsamst Volk gerichtet seien. Es bestehe ein scharfender Widerspruch zwischen der Politik der Versöhnung und der Nachgiebigkeit, die der faschistischen Imperialismus finde. — „Matin" und „Victoire" begrüßen die Worte Mussolinis. Ingenieur schreibt: Zeigt sich unser italienisches Gefühlsleben in gewisser Hinsicht, so ist es doch persönlich Interesse erfordert, daß es gilt, die militärischen Sicherheiten an der Alpengrenze von der Schweiz bis nach Dalmatien zu sichern, wenn wir uns an dem Zwist, um die Balkan an den Mittelmächten fesselnden, wenn Deutschland einstaatlichen Oesterreich ein geschlossenes Heer nach dem Brenner aber ganz nach Norden entfernen will.

Gegen den faschistischen Terror.

ff Stockholm, 8. Febr. „Aftonbladet" berichtet sich in einem Interview Fritz Lagges von Mussolinis Terror in Italien. Die italienischen Mitgliedern leben auf diesem Gebiete alle bisherigen Ereignisse der beiden letzten Jahrhunderte weit hinter sich und bedeuten den Anfang des Endes. Die Kirche hat die italienischen Unterdrückungspolitik bald nach dem Rate beim, bei der heftigen Auseinandersetzung Mussolini die Hoffnung auf Deutschland Italien Bundesgenossenschaft aufgegeben habe, da sich Deutschland durch den Locarnovertrag Frankreich gewichtet habe und Mussolini auf eine Eingliederung nach Zentralasiens Schluß.

ff Mailand, 8. Febr. Die Gesetzen des faschistischen Mussolinisten haben sich in Mailand 36 Fabrik-Fertigstellung begrenzt erklärt, deutsche Zeitungen nicht wieder aufgenommen.

Amerika und die Stabilisierung des Franken

ff Newyork, 6. Febr. Wie vom Schatzamt mitgeteilt wird, bringt man heut dem Gouverneur des Bank von England, Montagne Norman, für die Stabilisierung des französischen Franken kein Interesse entgegen. In den wiederholten Besprechungen zwischen Montagne Norman und den deutschen Eisenbahnbanken und den amerikanischen Kapitalmarkt noch weiter erklärt, daß nicht die Absicht bestehe, solche Pläne auf den amerikanischen Markt zu werben.

Angebliche Pläne für eine Völkerbunds-Armee.

Berlin, 8. Febr. Im Zusammenhange mit der Tatsache der Beschlussung einer auf den 10. Februar anberaumt gewesenen Wirtschaftsgesetzentwurfs und mit den französischen Vorbereitungen für diese Konferenz haben Pariser Nachrichten den Weg in die deutsche Presse gefunden, die ein angeblich französisches Projekt eines Programm enthalten, ein Programm, das sich allerdings weniger mit der Entfaltung, als vielmehr mit dem Ausbau der militärischen Machtmittel des Völkerbundes für den Fall von Bundesgrenzfonen und zu deren Sicherung befaßt.

Es gilt für ausgeschlossen, daß sie auch nur Gedankenspielereien, wird heute sich die französische Regierung identifiziert. Die Unwahrscheinlichkeit der Gerüchten ergibt sich auch daraus der Behauptung der einzelnen Behauptungen. Es wird da z. B. die genauen Festlegung des Begriffs gefordert, „welche Staaten vom Völkerbund wie der Durchführung einer Exekution gegen den andern Bund zu heranziehen seien". Daß wahrscheinlich der Bundesfriedens, die gewährleistet alle Mitglieder zur Leistungen an einer solchen Mission verpflichtet — ein Grundsatz, an dem sonst bei allen Gelegenheiten festgehalten wurden ist, und der es gerechten wäre machte, die bekannte Ausnahmeregelung bezüglich des Artikels 16 für den Fall einer Bundesverletzung gleichfalls zu bestreiten.

Weiterhin wird die Schaffung eines ständigen Oberbefehlshabers zu Lande und zu Wasser gefordert, der jederzeit mit der Durchführung der Operationen zu beauftragen sei. Nach der Meinung der Verfasser des Dokuments erscheint dieses französischen Vorschlag, die von vornherein nicht einen Oberbefehlshaber, nicht aber einen „Verbandsgeneralstab" als notwendig erachtet. Nach der Meinung der Verfasser des Dokuments erscheint dieses in Form einer Entwurfs an Art. 9 bestimmt, ohne die Zustimmung der einzigen Mächte helfen zu finden, und es hat 1920 bei Gründung des Völkerbundes eine gewisse Rolle zur Ablehnung Amerikas mit dem gleichen Wortlaut mit diesem Vorschlag gerechtgeschlagen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Völkerbund Genfer Geschäft, durch bestimmte Anträge Mitgliedstaaten, die Frage der Schaffung eines für militärische Operationen zu treffen. In jedem Falle ist jedoch Verwirklichung an dieser Frage das Oberbefehlshaber aber der Generalstabs nicht interessiert, da bei ihnen die Frage gewichtiger Entscheidungen und faktisch von der Leitung an militärischen Operationen bei Bundes betreffen.

Ein anderer Grund werden weitere Verhandlungen bringen geschaffen, daß sich ein Bund des Verteidigungen und Artikel 16 durch Anzahl und den Völkerbund entgleist. Wörtlichen von dem unverzüglichen Beschlußfall sind diese unendlich geschehenen Verhandlungen von Anfang an bereits die Verhandlungen, ich, und zwar im Art. 1 Abs. 3, getroffen, der eine zwischenzeitlichen Kündigungsfrist für den Austritt aus dem Bund festlegt.

Offensichtlich entfallen die Bestimmungen nach solchen Verhandlungen. Wer eine ungeheuer gestörten Bundesbeschluß und bei Bundesmarschrechte, die auf einen Zwang gegen ein einzelnes Bundesmitglied im Falle einer Verletzung hinausläuten. Daß solchen Kommandoschaden mit besonderen Kompetenzen und Vertrauen und erhalten, die in schwierigen Gegenzug zu dem Zwecke des Artikels 16 der Satzung folgen. Ob solche zu weit führen, und der Bestimmung bedarf, wenn der Bundesbeschluß Bundesmitgliedern nicht entgegen, sind wenn man dem Nachweis ihrer Unentschlossenheit und ihrer inneren Widersprüche zu weit erkennen wollte. Es ist bedauert bedauer, daß sich bestimmt militärische Kreise in Frankreich mit solchen Gedankengängen befassen und sie auch in dieser abgeschärfter Form zu Papier gebracht haben. Die ihnen unterstellte entgegenstehende Bedeutung und Wirkung aber gegen die Bestimmungen der französischen Regierung haben sie gewissermaßen nicht und können sie auch verneinen, als auch ihre bestehenden Verbindungen und mit dem die Nichtbeachtung entschieden zu verhindern. Es ist ein Gedanke beinesfalls gestanden.

Rückzug des Völkerbundes und der Schweiz.

ff London, 6. Febr. Der Genfer Berichterstatter „Morningpost" berichtet von einer Strömung in Völkerbundskreisen, die eine Nichtbeteiligung des Völkerbundes bedeutet. Man spricht sich dabei für Beibehaltung des Sitzes aus, daß die Wirksamkeit des Sekretariats für diesen Gebäuden ein. Man hoffe in Völkerbundskreisen Anerkennung ernstlich gewacht, ob die vorbereitende Abrüstungskonferenz nicht in einer französischen Stadt stattfinden soll, in unserer Zusammenhang Nyon-Lausanne genannt werde. Unter Umständen soll die Konferenz vielleicht in Brüssel abgehalten werden.

Nach der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph" berichtet in gleichem Sinne und hat hinzugefügt, daß die Stadt-Gründen der Konferenz auf französischem Boden den Gesetzbestimmungen der Zeitungen einschließlich wählen.